Stand: 07.07.2025 05:49:03

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/21595

"Wohnungsneubau nicht durch übermäßige Regulierungen des Bundes einschränken"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/21595 vom 08.03.2022
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/23105 des BV vom 17.05.2022
3. Beschluss des Plenums 18/23270 vom 22.06.2022
4. Plenarprotokoll Nr. 117 vom 22.06.2022

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 08.03.2022 **Drucksache** 18/**21595**

Antrag

der Abgeordneten **Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Hans Friedl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Robert Riedl, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König, Tobias Reiß, Jürgen Baumgärtner, Petra Guttenberger, Walter Nussel, Thomas Huber, Josef Zellmeier, Martin Bachhuber, Matthias Enghuber, Hans Herold, Johannes Hintersberger, Michael Hofmann, Petra Högl, Dr. Gerhard Hopp, Andreas Jäckel, Jochen Kohler, Harald Kühn, Benjamin Miskowitsch, Martin Mittag, Dr. Stephan Oetzinger, Franz Josef Pschierer, Dr. Franz Rieger, Andreas Schalk, Josef Schmid, Angelika Schorer, Thorsten Schwab, Sylvia Stierstorfer, Klaus Stöttner, Karl Straub, Walter Taubeneder, Steffen Vogel, Martin Wagle, Ernst Weidenbusch, Georg Winter CSU

Wohnungsneubau nicht durch übermäßige Regulierungen des Bundes einschränken

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich gegenüber dem Bund, insbesondere durch den Bundesrat, dafür einzusetzen, dass die Regulierung von privaten Neubauten nicht wie im Koalitionsvertrag auf Bundesebene angekündigt auf den KfW-EH 40-Standard verschärft wird, wenn vom Bund nicht nachgewiesen wird, dass die Anforderungen technisch sinnvoll umzusetzen sind und wirtschaftlich bleiben, sie die Errichtung von dringend benötigtem neuen Wohnraum nicht behindern und nicht zu Mietsteigerungen führen, die insbesondere von sozial schwächeren Haushalten nicht mehr getragen werden könnten.

Begründung:

Es besteht schon aktuell eine Knappheit an bezahlbarem Wohnraum, insbesondere in stark nachgefragten Wohnlagen. Mehr Neubauten sind daher dringend notwendig, um die steigende Nachfrage zu bedienen und den Preisanstieg für Wohnraum zumindest zu dämpfen. Außerdem sind in letzter Zeit die Preise für Baustoffe stark gestiegen, was die Errichtung von bezahlbarem Wohnraum durch private Investoren noch zusätzlich unattraktiver macht. Eine weitere Belastung privater Bauherren durch eine stärkere Regulierung von Neubauten durch schärfere Vorschriften zur Energieeffizienz ist daher als Investitionshindernis anzusehen und deshalb abzulehnen. Selbst wenn von einem weiteren Anstieg der Energiepreise ausgegangen wird, führen zusätzliche regulatorische Anforderungen für Neubauten erwartbar zu einer deutlichen Verschlechterung der Lebenssituation für Personen, die dringend auf bezahlbaren Wohnraum angewiesen sind. Aus den genannten Gründen sollte die im Koalitionsvertrag auf Bundesebene enthaltene Angleichung der Neubau-Standards im Gebäudeenergiegesetz an den KfW-EH 40 zum 01.01.2025 aus bayerischer Sicht nicht umgesetzt werden, wenn vom Bund nicht nachgewiesen wird, dass die Anforderungen technisch sinnvoll umzusetzen sind und

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

wirtschaftlich bleiben, sie die Errichtung von dringend benötigtem neuen Wohnraum nicht behindern und nicht zu Mietsteigerungen führen, die insbesondere von sozial schwächeren Haushalten nicht mehr getragen werden könnten.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 17.05.2022 **Drucksache** 18/**23105**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Hans Friedl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),
Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König, Tobias Reiß u.a. CSU
Drs. 18/**21595**

Wohnungsneubau nicht durch übermäßige Regulierungen des Bundes einschränken

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatter: **Hans Friedl**
Mitberichterstatter: **Sebastian Körber**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 54. Sitzung am 17. Mai 2022 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU:	Zustimmung
B90/GRÜ:	Ablehnung
FREIE WÄHLER:	Zustimmung
AfD:	Zustimmung
SPD:	Ablehnung
FDP:	Ablehnung

Zustimmung empfohlen.

Sebastian Körber
Vorsitzender

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 22.06.2022 **Drucksache** 18/**23270**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Hans Friedl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Robert Riedl, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**,

Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König, Tobias Reiß, Jürgen Baumgärtner, Petra Guttenberger, Walter Nussel, Thomas Huber, Josef Zellmeier, Martin Bachhuber, Matthias Enghuber, Hans Herold, Johannes Hintersberger, Michael Hofmann, Petra Högl, Dr. Gerhard Hopp, Andreas Jäckel, Jochen Kohler, Harald Kühn, Benjamin Miskowitsch, Martin Mittag, Dr. Stephan Oetzinger, Franz Josef Pschierer, Andreas Schalk, Josef Schmid, Angelika Schorer, Thorsten Schwab, Sylvia Stierstorfer, Klaus Stöttner, Karl Straub, Walter Taubeneder, Steffen Vogel, Martin Wagle, Ernst Weidenbusch, Georg Winter CSU

Drs. 18/**21595**, 18/**23105**

Wohnungsneubau nicht durch übermäßige Regulierungen des Bundes einschränken

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich gegenüber dem Bund, insbesondere durch den Bundesrat, dafür einzusetzen, dass die Regulierung von privaten Neubauten nicht wie im Koalitionsvertrag auf Bundesebene angekündigt auf den KfW-EH 40-Standard verschärft wird, wenn vom Bund nicht nachgewiesen wird, dass die Anforderungen technisch sinnvoll umzusetzen sind und wirtschaftlich bleiben, sie die Errichtung von dringend benötigtem neuen Wohnraum nicht behindern und nicht zu Mietsteigerungen führen, die insbesondere von sozial schwächeren Haushalten nicht mehr getragen werden könnten.

Die Präsidentin

I.V.

Dr. Wolfgang Heubisch

VI. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Abstimmung

über eine Verfassungsstreitigkeit und Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das scheint mir das gesamte Haus zu sein. Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Keine. Dann übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über eine Verfassungsstreitigkeit und die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:

(E)	einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A)	Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z)	Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeit

1. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 9. Mai 2022 (Vf. 6-VII-22) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Art. 46 Abs. 4 der Bayerischen Bauordnung (BayBO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. August 2007 (GVBl. S. 588, BayRS 2132-1-B), die zuletzt durch § 4 des Gesetzes vom 25. Mai 2021 (GVBl. S. 286) geändert worden ist

   PII-G1310.22-0005
   Drs. 18/23117 (E)

   Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

   I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
   II. Der Antrag ist unbegründet.
   III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Josef Schmid bestellt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

Anträge

2. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Maßnahmenpaket zur Baukostensenkung V – Fachgespräch zur Gebäudeklasse „E“
Drs. 18/19880, 18/22445 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

3. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Dr. Anne Cyron u.a. und Fraktion (AfD)
Coronamaßnahmen an Schulen und Hochschulen beenden – Freiheit für unsere Schüler und Studenten!
Drs. 18/21297, 18/22989 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

4. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild u.a. und Fraktion (SPD)
Übertritt: Eltern sollen über die Schullaufbahn ihrer Kinder entscheiden
Drs. 18/21298, 18/22990 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	ENTH

5. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Maskenpflicht im Unterricht muss ein Ende haben!
Drs. 18/21299, 18/22991 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	Z

6. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Hans Friedl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König, Tobias Reiß u.a. CSU
Wohnungsneubau nicht durch übermäßige Regulierungen des Bundes einschränken
Drs. 18/21595, 18/23105 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	A	Z	Z	A	A

7. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Doris Rauscher, Michael Busch u.a. und Fraktion (SPD)
Keine Zeit verlieren: Schnelle und umfassende Angebote für geflüchtete Kinder und Jugendliche aus der Ukraine machen
Drs. 18/21640, 18/22992 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	ENTH	Z	Z

8. Antrag des Abgeordneten Christian Klingen (fraktionslos)
Unterbringung der Haustiere von Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine
Drs. 18/21725, 18/23118 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	A	A	A

9. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Anne Franke u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Friedensbildung an Bayerns Schulen verankern – Servicestelle einrichten
Drs. 18/21821, 18/22994 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	A	A

10. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayr u.a. und Fraktion (SPD)
Partnerschaft pflegen und Perspektiven schaffen: Ukraine, Georgien und Moldau an die EU heranführen
Drs. 18/21959, 18/23115 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	**ohne**

Die FDP-Fraktion hat beantragt, das Votum **„Zustimmung“** zugrunde zu legen.

11. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gabriele Triebel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Geeignete Strukturen für geflüchtete Schülerinnen bzw. Schüler und Lehrkräfte schaffen
Drs. 18/22213, 18/22995 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

12. Antrag der Abgeordneten Christoph Maier, Stefan Löw, Richard Graupner u.a. und Fraktion (AfD)
Einsetzung einer Enquete-Kommission im Bayerischen Landtag „Erkenntnisse aus zwei Jahren Coronakrise aufarbeiten, Erfahrungen für zukünftige Entscheidungen nutzbar machen."
Drs. 18/22450, 18/23156 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

13. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Markus Rinderspacher, Ruth Müller u.a. und Fraktion (SPD)
zur Änderung der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag
Drs. 18/22451, 18/23157 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

14. Antrag der Abgeordneten Dr. Martin Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alex Dorow u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Ukraine, Georgien und Moldau – Tatkräftige Partnerschaft für eine europäische Perspektive
Drs. 18/22525, 18/23116 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	A	Z	A	A	**ohne**

Die FDP-Fraktion hat beantragt, das Votum **„Zustimmung"** zugrunde zu legen.